

Delegiertenversammlung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats
15. September 2019 in Erfurt

***Resolution: „30 Jahre vereint: Migrantische Perspektiven für
den Zusammenhalt zwischen Ost und West“***

Der Mauerfall vor dreißig Jahren steht symbolisch für die lang ersehnte Wiedervereinigung beider deutscher Staaten. Die großen Erfolge des vereinten Deutschlands sind in den meisten Lebensbereichen unbestritten und klar sichtbar.

Trotzdem steigt die Unzufriedenheit, vielleicht auch deswegen, weil man genauer hinschaut und das Erreichte oft an den hohen Erwartungen und nicht an der Realität misst. Die Vergangenheit wird von manchen durch eine verschönernde Nostalgie-Brille gesehen, andere sorgen für eine Renaissance höchstgefährlicher nationalistischer Ideologien. Populist*innen und Rechtsextreme haben Menschen mit Migrationshintergrund wieder als Sündenböcke entdeckt und platzieren Vorurteile und rassistische Einstellungen sogar in der ersten Öffentlichkeit. Politiker*innen mit menschenverachtenden Ansichten sitzen in den kommunalen Parlamenten, in den Landtagen und im Deutschen Bundestag. Erfolge jahrzehntelanger Integrationsarbeit werden mancherorts infrage gestellt. Es wird versucht, Menschen mit Migrationsgeschichte zu marginalisieren und ihnen das Recht auf Teilhabe und Gleichberechtigung zu verweigern. Die Zahl der rassistisch bedingten Gewalttaten steigt.

Um unsere plurale Demokratie, unsere Einwanderungsgesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, fordert der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) die politischen und gesellschaftlichen Akteure zu Folgendem auf:

1. Die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte muss sachlich analysiert, die Erfolge und Misserfolge müssen klar benannt und kommuniziert werden. Die unterschiedlichen Startbedingungen der alten und neuen Bundesländer müssen mitberücksichtigt werden.
2. Wir brauchen ein neues Narrativ, das die Erfolge und Misserfolge durch Zuwanderung einbezieht und die grundlegenden Unterschiede zwischen Ost und West erklärt. Wir brauchen eine gesamtdeutsche „große Erzählung“, die nicht bei der Verteidigung alter Werte stehen bleibt, sondern ein zuversichtliches und differenziertes Zukunftsbild einer offenen Gesellschaft zeichnet, in der durch die Erweiterung der demokratischen Basis, beispielsweise durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle dauerhaft hier lebenden Menschen und durch die Erleichterung mehrfacher Staatsbürgerschaften, der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird.
3. Es muss darauf eingegangen werden, warum sich viele Ostdeutsche und gleichzeitig viele Migrant*innen als Menschen zweiter Klasse fühlen und was für ihre gesellschaftliche Anerkennung und Partizipation getan werden kann.
4. Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit müssen konsequent geächtet und bekämpft werden und dafür brauchen wir flächendeckend staatlich finanzierte Antidiskriminierungsstellen. Wir müssen unsere Stimme konsequent dagegen erheben, dass soziale Prob-

Delegiertenversammlung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats
15. September 2019 in Erfurt

leme durch religiöse oder kulturelle Determination für unlösbar erklärt werden. Statt ideologischer Ablenkung sind konkrete Lösungen erforderlich. Wir brauchen Dialog-basierte integrative Maßnahmen, um Menschen, die den Boden der demokratischen Sittlichkeit verlassen haben, wieder in unsere plurale Demokratie zu integrieren.

5. Wir, Bürger*innen dieses Landes, ohne oder mit Migrationsgeschichte, sollten uns den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam stellen, uns nicht spalten und gegeneinander ausspielen lassen. Das gilt auch innerhalb der migrantischen Gesellschaft. Wir müssen klarstellen, dass die größten Herausforderungen unserer Zeit nur im Rahmen einer europäischen bzw. weltweiten Zusammenarbeit gelöst werden können.
6. Integrationsbeiräte und Migrant*innenorganisationen brauchen eine systematische und konsequente Förderung und politische Unterstützung, in Ost und West.
7. 95 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund leben in den Westbundesländern, weniger als 5 Prozent in den Ostbundesländern. Diese Minderheit ist einer wesentlich größeren und stärkeren Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt. Sie braucht einen starken Rückhalt sowohl durch die Beiräte und Migrant*innenorganisationen als auch durch politische Akteure bundesweit. Ihre Organisationen müssen viel stärker als bisher gefördert und empowert werden. Andererseits ist es auch wichtig, auf ihre intensiven und prägenden Erfahrungen zurückzugreifen, vor allem bei der bundesweiten Entwicklung von Strategien gegen Diskriminierung und Rassismus.